Ein Bild, das Text, ClipArt enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Ein Bild, das Text, Schrift, Grafiken, Screenshot enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

**Vorbereitung für die**

**Hearings der designierten EU-Kommissare nach den EU-Wahlen im Herbst**

Ausarbeitung von Fragen aus dem Bereich der Wirtschaft

Wien, 25.06.2024

Inhaltsverzeichnis

[Teilbereich I – Wirtschaftspolitische Steuerung 4](#_Toc167726968)

[Öffentliche & kommunaler Akteure als Hebel für sozial-ökologische EU-Ziele 4](#_Toc167726969)

[Ökologische Transformation am Binnenmarkt 5](#_Toc167726970)

[Vergleichbare Indikatoren und Datengrundlage für Entscheidungsprozesse 6](#_Toc167726971)

[Zollumgehungskonstruktionen im Onlinehandel 7](#_Toc167726972)

[Wettbewerbsverzerrung durch Importprodukte aus Drittstaaten - CBAM 8](#_Toc167726973)

[Öffentliche Investitionen auf lokaler Ebene (Fiskalregeln) 9](#_Toc167726974)

[Stärkung der Währungsunion durch Investitionen in Safe Assets Märkte 10](#_Toc167726975)

[Neue öffentliche Finanzierungsmethoden (ASFINAG-Modell) 11](#_Toc167726976)

[Vertiefung der Kapitalmarktunion 12](#_Toc167726977)

[Verbesserung der Rahmenbedingung für die interkommunale Zusammenarbeit 13](#_Toc167726978)

[Vorbeugung von immobilienwirtschaftlich induzierten Finanzkrisen 14](#_Toc167726979)

[Erweiterung fiskalischer Instrumente für Zukunftsinvestitionen 15](#_Toc167726980)

[Kommunale Investitionen - Periodenabgrenzung/Abschreibungen 16](#_Toc167726981)

[Teilbereich II – Finanzierung & Förderung 17](#_Toc167726982)

[Öffentliche Finanzierung für grüne Investitionsprojekte 17](#_Toc167726983)

[Weiterführung und Evaluation aktueller Förderprogramme 18](#_Toc167726984)

[Public-Private-Partnerships (PPP-Projekte) 19](#_Toc167726985)

[Neue KMU-Definition für öffentliche Unternehmen 20](#_Toc167726986)

[Dual-Use-Kriterium – Klimaschutz und Versorgungssicherheit für kritische Infrastrukturen 21](#_Toc167726987)

[Flexibilität von EU-Förderprogrammen 22](#_Toc167726988)

[Planbarkeit von EU-Förderprogrammen 23](#_Toc167726989)

[Urban Nodes – Mobilitätsförderung 24](#_Toc167726990)

[De-Minimis-Beihilfen 25](#_Toc167726991)

[Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung 26](#_Toc167726992)

[Skalierbarkeit von geförderten Projekten 27](#_Toc167726993)

[European Social Climate Fund (SCF) 28](#_Toc167726994)

[Förderungen am Anfang der Wertschöpfung 29](#_Toc167726995)

[Erhöhung des Eigenkapitals der EIB 30](#_Toc167726996)

[Teilbereich III – Digitalpolitik 31](#_Toc167726997)

[Marktverzerrungen durch Rezensionen in der Plattformökonomie 31](#_Toc167726998)

[Fiskalische Instrumente für Digitalkonzernen am europäischen Binnenmarkt 32](#_Toc167726999)

[Umsetzung von Digitalrechtsakten 33](#_Toc167727000)

[Ausbau der digitalen Infrastruktur in technologisch strukturschwachen Regionen 34](#_Toc167727001)

[Kosten für die Datenbereitstellung öffentlicher & kommunaler Akteure 35](#_Toc167727002)

[Datenschutz in der kritischen Infrastruktur 36](#_Toc167727003)

[Einschränkung von Steueroptimierungsmaßnahmen großer Digitalkonzerne 37](#_Toc167727004)

[Gemeinsame europäische Cyberabwehr 38](#_Toc167727005)

[Kryptowährungen – Ausbau des Marktes für Stablecoins 39](#_Toc167727006)

[Einführung des Digitalen Euro 40](#_Toc167727007)

[Steueroasentransaktionssteuer 41](#_Toc167727008)

[Widersprüche bei Digitalgesetzen 42](#_Toc167727009)

# Teilbereich I – Wirtschaftspolitische Steuerung

# Öffentliche & kommunaler Akteure als Hebel für sozial-ökologische EU-Ziele

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Zur Bewältigung der Klimakrise benötigen die europäischen Städte und Gemeinden nicht nur ausreichende finanzielle Mittel, wie z.B. kommunale Klimainvestitionsfonds, sondern auch angemessene Mitspracherechte auf europäischer Ebene, um soziale Aspekte berücksichtigen zu können. Städte und Gemeinden stoßen bereits heute an ihre finanziellen Grenzen bei der Bereitstellung relevanter Leistungen der Daseinsvorsorge, zu denen auch soziale Belange gehören. Kommunale Unternehmen investieren regelmäßig in kritische Infrastrukturen (z.B. Energie, Mobilität) und sind ebenso wie Städte und Gemeinden ein Hebel für sozial-ökologische Investitionsprojekte. **Welche Rolle spielen Ihrer Auffassung nach Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen bei der Erreichung der sozial-ökologischen Ziele der EU?** |
| **Nachfrage** |
| * Sind EU-Programme und Fördermittel geplant, die den lokalen Akteuren auf der Ebene der Städte und Gemeinden mehr Gestaltungsspielraum einräumen? * Welche Bedeutung hat für Sie in diesem Zusammenhang die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Maßnahmen zur Bekämpfung einer der größten Herausforderungen unserer Zeit, der Klimakrise, werden zu einem großen Teil auf kommunaler Ebene getroffen. Daher müssen den Städten und Gemeinden auf europäischer Ebene neben ausreichenden finanziellen Mitteln – z. B. kommunale Klimainvestitionsfonds – auch angemessene Mitspracherechte eingeräumt werden. Die Europäische Kommission muss daher dafür Sorge tragen, dass den Kommunen die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge nicht durch Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen sowie weitere Vorgaben unmöglich gemacht oder unverhältnismäßig erschwert wird. Insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit stoßen die Städte und Gemeinden an ihre Grenzen. Interkommunale Zusammenarbeit, öffentlich-rechtliche Verträge und Verwaltungsgemeinschaften sind ebenfalls wichtige Instrumente zur effizienten Erfüllung öffentlicher Aufgaben unter Berücksichtigung eines sparsamen und nachhaltigen Einsatzes der vorhandenen Finanzmittel. Interkommunale Zusammenarbeit, konkret Verwaltungsgemeinschaften und Kooperationen, sind seit 2012 umsatzsteuerpflichtig. Banken und Versicherungen hingegen sind davon ausgenommen, obwohl sie sich in der gleichen Situation befinden. Obgleich im eigenen Wirkungskreis der Kommunen erbracht, verteuerten sich diese Leistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit somit auf einen Schlag um 20 Prozent. Aus Perspektive der Daseinsvorsorge braucht es Maßnahmen, um die Finanzkraft und Zusammenarbeit regionaler und lokaler Akteure zu stärken. |

# Ökologische Transformation am Binnenmarkt

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die neue EU-Taxonomie-Verordnung und einschlägige Richtlinien wie die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) zielen darauf ab, den ökologischen Umbau des Binnenmarktes zu beschleunigen. Diese Instrumente streben eine grundlegende Veränderung der Unternehmen und Märkte in den Mitgliedsstaaten an, die neben den primär ökonomischen Zielen auch ökologischen Aspekten einen hohen Stellenwert einräumt. **Welche Initiativen wollen Sie vertiefen, damit die EU ihr selbst gestecktes Ziel der Klimaneutralität erreichen kann?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die EU-Taxonomie-Verordnung und die CSRD bei der Ökologisierung des Binnenmarkts? * Wie wollen Sie sicherstellen, dass der administrative Aufwand für kleine, mittlere und gemeinnützige Unternehmen bei den Berichtspflichten so gering wie möglich bleibt? * Planen Sie auch regulatorische Initiativen (z.B. weitere Verbote), um den Industriestandort Europa in Richtung Klimaneutralität zu lenken? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Die EU-Taxonomie wurde am 12. Juni 2020 vom Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament als Verordnung verabschiedet. Die Taxonomie-Verordnung regelt, was ökologisch nachhaltige Investitionen sind und erweitert die Offenlegungsverordnung durch die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD). Wesentliches Ziel der EU-Taxonomie ist es, auf den Finanzmärkten Lenkungseffekte in Richtung ökologisch nachhaltiger Investitionen und Finanzprodukte zu erzielen und damit den ökologischen Umbau des Binnenmarktes zu beschleunigen. Die Verordnung ist damit einerseits eine Chance, Geschäftsmodelle sowie frisches privates Kapital in nachhaltige Projekte zu lenken. Auf der anderen Seite ist damit ein erheblicher administrativer Aufwand verbunden, der insbesondere die Datenerhebung und das klassische Berichtswesen betrifft. Aus der Perspektive der Daseinsvorsorge stehen leistbare Dienstleistungen für die EU-Bürger:innen im Vordergrund, z.B. günstige öffentliche Mobilität, Zugang zu erschwinglichem Wohnraum und Energie. Öffentliche und kommunale Unternehmen, die vorrangig diese Dienstleistungen erbringen, weisen vehement darauf hin, dass ökologische Ziele nicht im Widerspruch zu sozialen Zielen stehen dürfen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass der administrative Aufwand, z.B. für die Berichterstattung, so gering wie möglich gehalten wird. Ein weiterer wesentlicher Baustein für die Akteure der Daseinsvorsorge ist die Planbarkeit; in diesem Zusammenhang ist zu diskutieren, ob weitere regulatorische Initiativen in Richtung Klimaneutralität geplant sind, die den Industriestandort Europa belasten. |

# Vergleichbare Indikatoren und Datengrundlage für Entscheidungsprozesse

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Vergleichbare Indikatoren und robuste Daten sind unerlässlich, damit Entscheidungsträger:innen die richtigen Entscheidungen treffen können, da sie eine objektive Basis für die Bewertung von Problemen und der Wirksamkeit von Maßnahmen bieten. Dies ist insbesondere auf EU-Ebene wichtig, um die europäischen Ziele zu erreichen und eine kohärente Politikgestaltung zu gewährleisten. Vergleichbare Indikatoren und Daten sind daher Voraussetzung für eine effektive Planung, Ressourcenallokation und Politikentwicklung, um Herausforderungen zu bewältigen und positive Veränderungen zu fördern. **Wie möchten Sie sicherstellen, dass städtische Daten EU-weit in einer quantitativen Qualität erhoben werden, damit vergleichbare Indikatoren für Entscheidungsträger:innen und Experten zur Verfügung stehen?** |
| **Nachfrage** |
| * Daten sind nicht nur Voraussetzung für gute Entscheidungen, sie können auch sensible Informationen enthalten: Wie wollen Sie sicherstellen, dass sensible Daten der kritischen Infrastruktur in öffentlicher und kommunaler Hand bleiben? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Vergleichbare Indikatoren und Datengrundlagen in der EU sind wichtig für Entscheidungsprozesse, da sie es ermöglichen, die Situationen und Bedürfnisse der verschiedenen Mitgliedstaaten und Regionen zu erfassen und zu bewerten. Durch harmonisierte Daten können politische Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse besser abgestimmt, überwacht und bewertet werden. Darüber hinaus können vergleichbare Daten den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit fördern. Vergleichbare Daten sind daher nicht nur für den wissenschaftlichen Diskurs von Bedeutung, sondern tragen auch zu einer effektiven Planung, Ressourcenallokation und Politikgestaltung in Europa bei. In diesem Zusammenhang ist nicht nur die vergleichbare Qualität von Indikatoren und Datenbanken wichtig, sondern auch Initiativen zum Schutz sensibler Daten in Europa, insbesondere von Daten, die kritische Infrastrukturen betreffen. Diese Infrastrukturen - z.B. Daten für den Betrieb von Kraftwerken oder den öffentlichen Verkehr - werden sehr häufig von öffentlichen oder kommunalen Unternehmen bereitgestellt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass diese Akteure die Ressourcen erhalten und aufbauen können, die sie zum Schutz der Infrastruktur benötigen. |

# Zollumgehungskonstruktionen im Onlinehandel

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In den letzten Jahren ist der Umsatz des Online-Handels im europäischen Binnenmarkt stetig gestiegen. Die Industriepolitik von Drittstaaten zielt u.a. auf den Absatz von online gekauften Produkten in Europa ab und setzt damit die europäische Industrie unter Druck. Die Praktiken von Anbietern aus Drittstaaten zur Umgehung von Zöllen und Umsatzsteuern wurden optimiert. Beispielsweise umgehen asiatische Anbieter bestimmte Schwellenwerte, indem sie ihre Lieferungen in kleine Pakete aufteilen. **Welche Pläne haben Sie, um den Abgaben- und Mehrwertsteuerbetrug beim Online-Handel mit Drittländern einzudämmen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie kann sichergestellt werden, dass die Zollbehörden mehr Kapazitäten und Kontrollbefugnisse erhalten? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Die Bedeutung des Online-Handels hat in den letzten Jahren stetig zugenommen und setzt viele Akteure der europäischen Wirtschaft unter Druck. Eine besondere Herausforderung stellt die Praxis vieler Anbieter aus Drittländern dar, Zölle und Umsatzsteuern durch verschiedene Methoden zu umgehen. Diese Praktiken haben sich im Laufe der Zeit verfeinert und optimiert. So nutzen beispielsweise asiatische Anbieter gezielt Schwellenwerte aus, indem sie ihre Lieferungen in kleinere Pakete aufteilen, um unter der Zollfreigrenze zu bleiben und damit zusätzliche Kosten zu vermeiden. Solche Praktiken führen nicht nur zu unlauterem Wettbewerb, sondern auch zu erheblichen Steuerausfällen für die EU-Mitgliedstaaten. Um den Steuer- und Mehrwertsteuerbetrug im Online-Handel mit Drittländern einzudämmen, bedarf es einer umfassenden Strategie. In diesem Zusammenhang sind verstärkte Kontrollen und die Einführung eines automatisierten Systems zur Überwachung von Sendungen zur frühzeitigen Erkennung verdächtiger Muster zu erwägen. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Zoll- und Steuerbehörden könnte dazu beitragen, betrügerische Aktivitäten effektiver zu bekämpfen. Darüber hinaus wäre die Einführung EU-weit einheitlicher Regelungen zur Besteuerung von Online-Käufen aus Drittstaaten eine sinnvolle Maßnahme, um bestehende Schlupflöcher zu schließen und für fairere Wettbewerbsbedingungen zu sorgen. Aus der Perspektive der Daseinsvorsorge wären regulatorische Verschärfungen wünschenswert, damit die öffentliche Hand über Steuern und Abgaben die Mittel erhält, die sie zur Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen benötigt. |

# Wettbewerbsverzerrung durch Importprodukte aus Drittstaaten – CBAM

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Importierte Produkte aus anderen Drittländern können den Wettbewerb in der EU verzerren, indem Importeure Kostenvorteile durch niedrigere Umwelt- oder Arbeitsstandards erzielen. Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ist eine Initiative der Europäischen Union zur Regulierung von Importen aus Ländern mit niedrigeren Umweltstandards. Er soll sicherstellen, dass importierte Produkte den gleichen CO2-Emissionsstandards unterliegen wie heimische Waren, indem auf kohlenstoffintensive Importe eine Abgabe erhoben wird. **Wie stehen Sie zum Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) und planen Sie weitere Initiativen, um Wettbewerbsverzerrungen bei Importprodukten aus Drittländern zu verhindern?** |
| **Nachfrage** |
| * Planen Sie Initiativen, um wettbewerbsverzerrende Subventionen von Importeuren aus Drittländern einzudämmen? * Welche weiteren Initiativen planen Sie, um gleiche Ausgangsbedingungen für EU-Erzeuger und Importeure aus Drittländern zu schaffen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Damit die EU ihre sozial-ökologischen Ziele erreichen kann, spielen auch die Lieferketten eine wichtige Rolle. Importierte Produkte aus Drittländern können den Wettbewerb in der EU erheblich verzerren, indem Importeure durch niedrigere Umwelt- oder Arbeitsstandards Kostenvorteile erzielen. Solche unfairen Handelspraktiken benachteiligen europäische Unternehmen, die strengeren Umwelt- und Arbeitsnormen unterliegen und daher höhere Produktionskosten haben. Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ist eine wichtige Initiative der Europäischen Union, um diese Wettbewerbsverzerrungen zu korrigieren[[1]](#footnote-1). CBAM funktioniert, indem auf Importe aus Ländern mit niedrigeren Umweltstandards eine Abgabe erhoben wird, die der Differenz zwischen den niedrigeren CO2-Emissionskosten der Exportländer und den höheren Standards der EU entspricht. Dadurch soll sichergestellt werden, dass für importierte Produkte die gleichen CO2-Emissionsstandards gelten wie für einheimische Produkte. Diese Maßnahme schafft ein „level playing field“, das heißt gleiche Wettbewerbsbedingungen für in- und ausländische Produkte. In diesem Zusammenhang sind aus Sicht der Daseinsvorsorge auch Initiativen gegen wettbewerbsverzerrende Subventionen von Importeuren aus Drittstaaten notwendig. |

# Öffentliche Investitionen auf lokaler Ebene (Fiskalregeln)

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Bekämpfung der Klimakrise findet vor allem auf lokaler Ebene statt, daher brauchen die Städte und Gemeinden in der EU nicht nur ausreichende finanzielle Mittel, wie z.B. kommunale Klimainvestitionsfonds, sondern auch Mitspracherechte. Städte, Gemeinden und andere öffentliche Akteure sind für die Daseinsvorsorge unverzichtbar. Finanzielle Engpässe erschweren die Leistungserbringung vor Ort für die EU-Bürger:innen erheblich und enge Fiskalregeln der Mitgliedstaaten können dringend erforderliche öffentliche Investitionen auf lokaler Ebene verhindern. **Wie wollen Sie sicherstellen, dass Städte, Gemeinden und andere öffentliche Akteure ihre laufenden Ausgaben und Investitionen in Zukunftsfelder wie Digitalisierung und Klimawandel vor dem Hintergrund strenger Fiskalregeln tätigen können?** |
| **Nachfrage** |
| * Sind Ausnahmen für soziale oder ökologische Investitionen in den Fiskalregeln vorgesehen („golden rule“)? * Wie möchten Sie sicherstellen, dass das derzeitige Regelwerk nicht zum Regelbruch motiviert? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Um sicherzustellen, dass Städte, Gemeinden und andere öffentliche Akteure ihre laufenden Ausgaben und Investitionen in Zukunftsfelder wie Digitalisierung und Klimawandel tätigen können, ist es wichtig, eine Balance zwischen Haushaltsdisziplin und der notwendigen Flexibilität für Zukunftsinvestitionen zu finden. Dabei könnte die Anwendung der "Goldenen Regel" für öffentliche Investitionen im Haushaltsrecht helfen[[2]](#footnote-2). Die Goldene Regel unterscheidet zwischen laufenden Haushaltsausgaben und Investitionen. Dabei sollen die öffentlichen Haushalte ihre laufenden Ausgaben aus laufenden Einnahmen finanzieren, während eine expansive Finanzpolitik in langlebige Güter und Infrastrukturprojekte umgesetzt werden kann. Dies würde es den Städten und Gemeinden ermöglichen, in wichtige Zukunftsbereiche zu investieren, ohne die Haushaltsdisziplin zu vernachlässigen. Dabei ist es aus Sicht der Daseinsvorsorge wichtig, dass das Haushaltsrecht Ausnahmen für soziale und ökologische Investitionen vorsieht und transparente Spielregeln diese Investitionen ermöglichen, ohne Anreize für Regelverstöße zu schaffen. |

# Stärkung der Währungsunion durch Investitionen in Safe Assets Märkte

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Stärkung der Währungsunion in der EU ist von entscheidender Bedeutung, da sie nicht nur die Stabilität des Euro gewährleistet und das Vertrauen in die Märkte stärkt, sondern auch zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes für sichere Anlagen beiträgt. " Safe Asset"-Märkte sind für Anleger, die stabile Renditen und ein geringes Ausfallrisiko suchen, von entscheidender Bedeutung. Eine engere Integration innerhalb der Währungsunion kann die Entwicklung solcher Märkte fördern, indem sie die Verfügbarkeit sicherer Anlagen erhöht und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit des Euroraums gegenüber wirtschaftlichen Schocks stärkt. **Welche Initiativen planen Sie, um die Währungsunion zu stärken?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Überlegungen gibt es, in sichere Anlagemärkte zu investieren, um die gemeinsame Währung zu stabilisieren? * Wie wollen Sie sicherstellen, dass zusätzliche EU-Ausgaben für relevante Sektoren initiiert werden, um den EU-Markt zu stärken? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Ein starker Euro ist ein wesentlicher Faktor für den Wohlstand in Europa. In diesem Zusammenhang ist die Stärkung der Währungsunion in der EU ein zentraler Baustein für die Stärkung des Vertrauens von Finanzmarktakteuren, aber auch für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für sichere Anlagen. Märkte für "safe Assets", die auch als Märkte für "sichere Anlagen" bezeichnet werden, sind für Anleger von großer Bedeutung, da sie stabile Renditen und ein geringes Ausfallrisiko bieten[[3]](#footnote-3). Solche Märkte bestehen in der Regel aus hochwertigen Staatsanleihen und anderen Finanzinstrumenten, die als sehr sicher gelten. In der EU könnten beispielsweise gemeinsam begebene Anleihen oder hoch bewertete Staatsanleihen der Mitgliedstaaten als sichere Anlagen dienen. Eine engere Integration innerhalb der Währungsunion kann die Entwicklung solcher Märkte fördern, indem sie die Verfügbarkeit sicherer Anlagen erhöht und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit des Euroraums gegenüber wirtschaftlichen Schocks stärkt. Aus Perspektive der Daseinsvorsorge sind stabile Kapitalmärkte, die relevante Sektoren fördern und Zukunftsinvestitionen absichern, von großer Bedeutung. |

# Neue öffentliche Finanzierungsmethoden (ASFINAG-Modell)

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Restriktive Defizitregeln erschweren die Finanzierung von Infrastrukturprojekten durch Schuldenaufnahme. Staatsgarantien können helfen, diese Lücke zu schließen. Das erfolgreiche Beispiel der österreichischen ASFINAG zeigt, dass durch staatlich garantierte Finanzierungen massive Investitionen getätigt werden können, die die Konjunktur ankurbeln. Ähnliche Modelle könnten auch für den sozialen Wohnbau umgesetzt werden, indem der Staat niedrige Zinsen subventioniert. Gerade vor dem Hintergrund steigender Inflation und hoher Zinsen wären solche Finanzierungsformen dringend notwendig. **Welche Rolle spielen für Sie staatliche Garantien bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Initiativen planen Sie, um öffentlichen Akteuren die Finanzierung von Infrastrukturprojekten (Wohnungsbau, Straßen, Energie) außerhalb von PPP-Modellen zu ermöglichen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Die notwendigen Infrastrukturinvestitionen in der EU erfordern neue Modelle der öffentlichen Finanzierung. Beispielsweise kann eine Verschuldung mit Staatsgarantien das notwendige Kapital freisetzen, wie das Beispiel der ASFINAG erfolgreich gezeigt hat. Die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) ist ein österreichisches Unternehmen, das für die Planung, den Bau, die Finanzierung und den Betrieb der Autobahnen und Schnellstraßen in Österreich zuständig ist. Die ASFINAG finanziert sich hauptsächlich über Mautgebühren und staatlich garantierte Anleihen. Diese staatlichen Garantien ermöglichen es der ASFINAG, auf den Kapitalmärkten zu günstigen Konditionen Kredite aufzunehmen, um notwendige Infrastrukturprojekte zu realisieren. Diese Methode hat sich bewährt und ermöglicht es der ASFINAG, umfangreiche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zu tätigen, ohne die staatlichen Haushaltsregeln zu verletzen[[4]](#footnote-4). Ähnliche Modelle könnten auch im sozialen Wohnbau durch staatliche Zinszuschüsse umgesetzt werden. Gerade vor dem Hintergrund steigender Inflation und hoher Zinsen wären solche Finanzierungsformen dringend notwendig, um den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig die Belastung für den Staatshaushalt zu minimieren. Staatliche Bürgschaften könnten sicherstellen, dass auch bei ungünstigen Marktbedingungen weiterhin in soziale Projekte investiert werden kann. Aus der Perspektive der Daseinsvorsorge sind solche Finanzierungsformen außerhalb risikoreicher Public-Private-Partnership-Modelle attraktiv, um notwendige Infrastrukturinvestitionen abzusichern. |

# Vertiefung der Kapitalmarktunion

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Kapitalmarktunion ist ein Eckpfeiler der europäischen Finanzintegration und erleichtert den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr. Sie ist auch aus geopolitischen Gründen ein wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Europa. Es gibt jedoch weiterhin einen Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten, der zulasten der öffentlichen Einnahmen die Daseinsvorsorge für die EU-Bürger:innen schwächt. **Planen Sie weitere Schritte zur Vertiefung der Kapitalmarktunion?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die Harmonisierung der Steuersysteme? * Planen Sie eine Harmonisierung der Körperschaftssteuer und des Insolvenzrechts? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Ziel der Kapitalmarktunion ist die Integration und Harmonisierung der Kapitalmärkte in der EU, um Unternehmen und Investoren einen besseren Zugang zu Finanzmitteln zu ermöglichen. Dies soll durch die Beseitigung von Hindernissen und die Schaffung eines einheitlichen Kapitalmarkts erreicht werden, der die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Finanzsystems stärkt. Die Kapitalmarktunion ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um die Fragmentierung der europäischen Finanzmärkte zu überwinden und den Unternehmen einen besseren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und den Anlegern eine größere Auswahl zu bieten. Wichtige Schritte auf dem Weg zu einer solchen Kapitalmarktunion sind Maßnahmen zur Harmonisierung der Regulierung, die Entwicklung gemeinsamer Standards und die Förderung von Investitionen in nachhaltige Projekte. Sie ist auch aus geopolitischen Gründen ein wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Europa, da sie die Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Kontext stärkt und die Finanzstabilität erhöht. Aus der Perspektive der Daseinsvorsorge ist insbesondere die Harmonisierung der Steuersysteme zwischen den EU-Mitgliedstaaten relevant, um einerseits die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und andererseits die Transparenz für die nationalen Aufsichtsbehörden zu verbessern. Darüber hinaus kann durch die Vertiefung der Kapitalmarktunion der Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie die Intransparenz von Kapitalströmen verringert werden, was wiederum die Steuerflucht reduziert und damit Mittel für notwendige Infrastrukturinvestitionen freisetzt. |

# Verbesserung der Rahmenbedingung für die interkommunale Zusammenarbeit

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Interkommunale Zusammenarbeit, öffentlich-rechtliche Verträge und Verwaltungsgemeinschaften sind wichtige Instrumente zur effizienten Erfüllung öffentlicher Aufgaben unter Berücksichtigung eines sparsamen und nachhaltigen Einsatzes der vorhandenen Finanzmittel. Ein Mehr an Bürgerservice und eine Optimierung der Verwaltungskosten stehen dabei im Mittelpunkt. Interkommunale Zusammenarbeit, konkret Verwaltungsgemeinschaften und Kooperationen, unterliegen seit 2012 der Umsatzsteuerpflicht. Obwohl im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden erbracht, verteuerten sich diese Leistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auf einen Schlag um 20 Prozent. **Planen Sie eine Initiative zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen EU-Gemeinden und EU-Städten?** |
| **Nachfrage** |
| * Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei der interkommunalen Kooperation ein Verzicht auf die Mehrwertsteuer (Vergaberichtlinie) möglich wird? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Derzeit gibt es in Europa zahlreiche Förderprogramme und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, die den Kommunen bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen helfen sollen. Leider bleiben diese Möglichkeiten oft ungenutzt, da viele Kommunen nicht über die Ressourcen oder das Fachwissen verfügen, um geeignete Projektanträge zu stellen und die notwendigen administrativen Aufgaben zu erledigen. Eine verstärkte Zusammenarbeit kann helfen, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und die Expertise verschiedener Kommunen zu teilen, was die Chancen auf Fördermittel deutlich erhöht. Die Themen sind vielfältig und reichen von der Modernisierung der Infrastruktur bis hin zur Förderung von Bildung, Kultur und Umweltschutz. In einigen europäischen Regionen gibt es bereits positive Beispiele für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit. Kommunen haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsame Infrastrukturprojekte zu realisieren, den Tourismus zu fördern oder die Energiewende voranzutreiben[[5]](#footnote-5). Diese Projekte zeigen, dass ein koordiniertes und kooperatives Vorgehen für die Kommunen von Vorteil ist und zu positiven Ergebnissen führen kann. Allerdings unterliegt die interkommunale Zusammenarbeit - konkret Verwaltungsgemeinschaften und Kooperationen - im Gegensatz zu Banken und Versicherungen seit 2012 der Umsatzsteuerpflicht. Obwohl diese Leistungen im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden erbracht werden, sind sie im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auf einen Schlag um 20 Prozent teurer geworden. Aus Sicht der Daseinsvorsorge ist es wichtig, die Potenziale der europäischen Förderprogramme voll auszuschöpfen und die Lebensqualität in den Kommunen nachhaltig zu verbessern. |

# 

# Vorbeugung von immobilienwirtschaftlich induzierten Finanzkrisen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Finanzkrise von 2007-2008 wurde vor allem durch eine Kombination aus übermäßiger Vergabe von Hypothekenkrediten an risikoreiche Schuldner, unzureichender Regulierung und dem Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes ausgelöst, der zu einem massiven Wertverlust von Vermögenswerten führte und das gesamte Finanzsystem destabilisierte. Auch der europäische Immobilienmarkt war in den letzten 15 Jahren von einer großzügigen privaten und öffentlichen Kreditvergabe geprägt. **Welche Maßnahmen planen Sie, um das Risiko einer immobilienwirtschaftlich induzierten Finanzkrise in Europa zu vermeiden?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Schritte planen Sie, damit sehr große verbundene Unternehmen (z.B. ab 1 Mrd. Bilanzsumme) eine konsolidierte Bilanz vorlegen müssen? * Gibt es weitere Überlegungen zur Stabilisierung des Finanzmarktes mit Blick auf potenzielle Überschuldung großer Akteure am Immobilienmarkt? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Die aktuelle Situation auf dem europäischen Immobilienmarkt ist aus mehreren Gründen sehr angespannt: hohe Zinslast, hohe Inflation und stark gestiegene Energiekosten, um nur einige zu nennen. Zwar unterscheidet sich diese Lage inhaltlich von der Finanzkrise 2007-2008, die hauptsächlich durch eine übermäßige Vergabe von Hypothekenkrediten an risikoreiche Schuldner, unzureichende Regulierung und den Zusammenbruch des US-Immobilienmarktes ausgelöst wurde, was zu einem massiven Wertverlust von Vermögenswerten und zur Destabilisierung des gesamten Finanzsystems führte. Dennoch war der europäische Immobilienmarkt in den letzten 15 Jahren durch eine großzügige private und öffentliche Kreditvergabe geprägt und reagiert sensibel auf konjunkturelle Einbrüche. Aus Sicht der Daseinsvorsorge ist es wichtig, das Risiko zukünftiger Finanzkrisen zu reduzieren. In diesem Zusammenhang ist die Transparenz großer privatwirtschaftlicher Unternehmen sowie sinnvolle Regularien wichtig, um Überschuldung und Insolvenz zu vermeiden. |

# Erweiterung fiskalischer Instrumente für Zukunftsinvestitionen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs in den Bereichen Sozialpolitik, Klimaschutz und kritische Infrastrukturen sind ein solider EU-Haushalt und finanzstarke Mitgliedstaaten erforderlich. Der Einsatz wirksamer steuerlicher Instrumente ermöglicht eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten und trägt zur Schließung von Steuerschlupflöchern bei, was wiederum die Integrität des EU-Finanzsystems fördert. **Welche fiskalischen Instrumente (Kerosinsteuer, Finanztransaktionssteuer, Vermögens- und Stiftungsabgabe etc.) halten Sie für elementar, um sozial- und klimapolitische Programme EU-weit finanzieren zu können?** |
| **Nachfrage** |
| * Mit welchen Fiskalmaßnahmen wollen Sie den EU-Haushalt stärken, um große transnationale Transformationsprojekte (Eisenbahnnetze, Energienetze) finanzieren zu können? * Welche Maßnahmen planen Sie, um den Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu verringern? * Welche Initiativen halten Sie für wichtig, damit die Mitgliedstaaten in ihren Steuergesetzen mehr Spielraum erhalten, um sozial- und klimapolitische Programme umzusetzen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Um sozial- und klimapolitische Programme EU-weit finanzieren zu können, sind verschiedene fiskalische Instrumente von zentraler Bedeutung. Auch für die notwendigen transnationalen Infrastrukturinvestitionen - z.B. Ausbau des europäischen Schienennetzes, Optimierung des Energienetzes - sind neue EU-Programme erforderlich. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach neuen fiskalischen Instrumenten zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Beispielsweise könnte die Einführung von Steuern und Abgaben auf bestimmte Bereiche oder Finanztransaktionen dazu beitragen, zusätzliche Einnahmen zu generieren, die zur Finanzierung dieser Programme verwendet werden können. Steuerliche Maßnahmen für den EU-Haushalt sollten jedoch mit Augenmaß eingesetzt werden und darauf abzielen, eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten zu erreichen und gleichzeitig die Integrität des Finanzsystems zu stärken. Darüber hinaus ist es wichtig, dass diese Instrumente effizient gestaltet werden, um ihre Ziele zu erreichen, und dass sie in einem koordinierten Rahmen auf EU-Ebene eingesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und ihre Wirksamkeit zu maximieren. Aus der Sicht der Daseinsvorsorge ist es wichtig, dass Investitionen in die Zukunft möglich sind und dafür ausreichende Mittel im EU-Haushalt bereitgestellt werden. |

# Kommunale Investitionen - Periodenabgrenzung/Abschreibungen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Kommunale Investitionen sind entscheidend für die Erhaltung des Wohlstands in den europäischen Städten und Regionen. Gemäß dem ESVG 2010 gelten Investitionen als Ausgaben und belasten somit direkt das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand zum Zeitpunkt des Kaufs oder der konventionellen Errichtung eines Vermögenswerts. Im Gegensatz dazu behandelt jedes private Unternehmen Investitionen gemäß den Rechnungslegungsvorschriften als Vermögenswerte in der Bilanz, die im Laufe der Zeit abgeschrieben werden. Diese Praxis erschwert die Finanzierung öffentlicher Investitionen: **Planen Sie für kommunale Investitionen eine Periodenabgrenzung vorgesehen, so dass große Investitionen, die mehrere Jahrzehnte dauern (z.B. der Bau einer U-Bahn), jährlich abgeschrieben werden können?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche weiteren Initiativen und EU-Programme planen Sie, damit kommunale Investitionen langfristig abgesichert sind? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Städte und Gemeinden müssen regelmäßig große Infrastrukturinvestitionen planen und durchführen, sei es für den Ausbau des U-Bahnnetzes, die Verbesserung der Wasserversorgung oder die Schaffung neuer Erholungsgebiete für ihre Bürger. Kommunale Investitionen sind daher entscheidend für den Erhalt des Wohlstands in den europäischen Städten und Regionen. Nach dem ESVG 2010 gelten Investitionen als Ausgaben und belasten damit unmittelbar das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der konventionellen Herstellung eines Vermögenswertes[[6]](#footnote-6). Im Gegensatz dazu behandelt jedes private Unternehmen Investitionen gemäß den Rechnungslegungsvorschriften als Vermögenswerte in der Bilanz, die im Laufe der Zeit abgeschrieben werden. Diese Praxis erschwert die Finanzierung öffentlicher Investitionen. Aus Perspektive der Daseinsvorsorge ist es wichtig, dass Städte und Gemeinden den notwendigen Handlungsspielraum erhalten, um die notwendigen Infrastrukturinvestitionen tätigen zu können. In diesem Zusammenhang wäre die Möglichkeit einer Periodenabgrenzung/Abschreibung für kommunale Investitionen relevant. Eine solche Periodenabgrenzung würde es ermöglichen, die finanzielle Belastung gleichmäßiger über die Laufzeit der Investition zu verteilen und damit die Finanzierbarkeit für die Kommunen zu verbessern. |

# Teilbereich II – Finanzierung & Förderung

# Öffentliche Finanzierung für grüne Investitionsprojekte

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Öffentliche Infrastrukturen sind das Fundament der europäischen Entwicklung und Voraussetzung für Lebensqualität, Wirtschaftswachstum und Preisstabilität. Die Energie-, Verkehrs-, Gebäude- und Wasserinfrastruktur ist jedoch für ca. 60% der europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Um die Klimaziele der Europäischen Union zu erreichen, ist ein struktureller Umbau und Ausbau der bestehenden Infrastruktursysteme unumgänglich. **Wie wollen Sie sicherstellen, dass öffentliche Gelder in grüne Investitionsprojekte fließen?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche EU-Programme und Initiativen planen Sie, damit grüne Investitionsprojekte angestoßen werden? * Wie wollen Sie sicherstellen, dass es auch weiterhin ein hohes Volumen an öffentlichen Finanzierungen gibt, damit die Klima- und Energieziele und die Resilienz abgedeckt werden können (CEF)? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Die EU unterstützt nachdrücklich den Übergang zu einer CO2-armen, ressourceneffizienteren und nachhaltigen Wirtschaft. Damit sollen die klima- und energiepolitischen Ziele erreicht werden, die im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen für 2030 vereinbart wurden. Der Klimawandel wird von der österreichischen Wirtschaft zunehmend wahrgenommen. Insbesondere der Klimawandel ist für öffentliche Unternehmen eine Realität und Österreich ist vom Klimawandel besonders betroffen. In einer aktuellen Umfrage der Europäischen Investitionsbank (EIBIS 2022)[[7]](#footnote-7) geben 64 % der österreichischen Unternehmen an, vom Klimawandel betroffen zu sein. Dieser Wert liegt beispielsweise deutlich höher als in Dänemark (36 %), Lettland (41 %) und Bulgarien (44 %). 40 % der österreichischen Unternehmen haben Maßnahmen entwickelt oder in solche investiert, um sich gegen physische Risiken des Klimawandels zu wappnen. Dies entspricht in etwa dem EU-Durchschnitt (36%). Um die sozial-ökologische Transformation zu erreichen, sind umfangreiche öffentliche Investitionen erforderlich. Dafür muss eine gemeinschaftliche Politik umgesetzt werden, die für Klimamaßnahmen förderlich ist, wie etwa durch (i) die Bepreisung von CO₂-Emissionen, (ii) eine Abkehr von umweltschädlichen und nicht-resilienten Subventionen, (iii) eine Verlagerung zu nachhaltigen Investitionen, (iv) eine Priorisierung resilienter Infrastrukturprojekte, (v) zielgerichtete Finanzierung der nachhaltigen Daseinsvorsorge. |

# Weiterführung und Evaluation aktueller Förderprogramme

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Mit dem Herzstück von „NextGenerationEU“, der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), wurden und werden den Mitgliedstaaten insgesamt 672,5 Mrd. Euro an Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden von der EK im Namen der EU durch die Ausgabe von Anleihen auf den Kapitalmärkten aufgenommen. Mit diesen Mitteln können die Mitgliedstaaten notwendige Investitionen für ein widerstandsfähiges Europa tätigen. Die Fazilität ist jedoch nur ein temporäres Instrument, das Ende 2026 auslaufen soll. **Wie bewerten Sie die Relevanz der ARF und planen Sie eine Fortführung?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Vorteile hätten Ihrer Einschätzung nach neue Förderprogramme? * Unter der Annahme, dass ARF über 2026 hinaus fortgeführt wird, welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus dem bisherigen Programm und was würde sich bei einer Fortführung ändern? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |
| Die unabhängige Gruppe hochrangiger Sachverständiger für die Zukunft der Kohäsionspolitik hat ihren Bericht vorgelegt, in dem sie die Funktionsweise der Kohäsionspolitik bewertet und Empfehlungen ausspricht, wie sichergestellt werden kann, dass diese Politik auch weiterhin Wohlstand und Konvergenz in der gesamten EU fördert[[8]](#footnote-8). Die Kommission hat außerdem die Halbzeitbewertung der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) vorgelegt, dem EU-Instrument für den Wiederaufbau, das das Herzstück des mit 800 Mrd. EUR ausgestatteten Plans NextGenerationEU (NGEU) bildet. Etwa die Hälfte des erwarteten Anstiegs der öffentlichen Investitionen zwischen 2019 und 2025 entfällt auf Investitionen, die aus dem EU-Haushalt finanziert werden, insbesondere aus der Fazilität für den Wiederaufbau. Im Gegensatz zu früheren Krisen stiegen die öffentlichen Investitionen in Europa während der COVID-19-Pandemie und der anschließenden Energiekrise von 3,0 % im Jahr 2019 auf geschätzte 3,3 % im Jahr 2023. 2024 werden die öffentlichen Investitionen voraussichtlich 3,4 % des BIP erreichen. Der leistungsbezogene Charakter des ARF, bei dem die Auszahlung von EU-Mitteln an die Erreichung von Meilensteinen geknüpft ist, hat seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, die Umsetzung lang erwarteter Reformen in einer Vielzahl von Politikbereichen voranzutreiben, insbesondere zur Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels und zur Stärkung der sozialen und institutionellen Widerstandsfähigkeit. |

# 

# Public-Private-Partnerships (PPP-Projekte)

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Public Private Partnership (PPP) - also die Mobilisierung privaten Kapitals zur Erfüllung staatlicher Aufgaben - wird insbesondere im Bereich der öffentlichen Infrastruktur als Ausweg aus der „Haushaltskrise“ angepriesen. PPP-Modelle sind jedoch kein Allheilmittel, sie verursachen hohe Transaktionskosten, Kosten für laufendes Controlling und externe Beratungsleistungen. Gerade im Infrastrukturbereich sind private Unternehmen im Auftrag der öffentlichen Hand auch nichts Neues und haben in der Vergangenheit durch ausbleibende Investitionen viele Probleme statt Lösungen geschaffen. **Wie stehen Sie zu PPP-Projekten und sind Ihnen die negativen Beispiele diesbezüglich bekannt?** |
| **Nachfrage** |
| * Inwieweit ist die Realisierung von Infrastrukturprojekten durch PPP-Modelle langfristig kostengünstiger als eine resiliente und klimafreundliche Finanzierung durch die öffentliche Hand? * Welche Maßnahmen planen Sie, dass es bei PPP-Modellen nicht zu sozial-ökologischen Rebound-Effekten kommt? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Der Begriff „Public Private Partnership“ (PPP) entstand in der Reformphase des „New Deal“ in den USA. Das heutige PPP-Konzept hat damit im Kern nichts zu tun. Das heute vorherrschende PPP-Konzept entstand Ende der 1990er Jahre im Vereinigten Königreich. Nach den Finanz- und Gesundheitskrisen der unter den Tory-Regierungen von Margaret Thatcher durchgeführten Privatisierungen (Eisenbahn, Wasser etc.) entwickelte „New Labour“ mit Finanzakteuren der Londoner City ein „Alternativkonzept“. In Großbritannien sind inzwischen rund 700 PPP-Projekte angelaufen, und auch die Europäische Union hat das Modell übernommen. Die EU sieht in PPP ein Instrument zur Einhaltung der „Maastricht-Kriterien“, da die Staaten zumindest nominell und haushaltspolitisch ihre Verschuldung nicht erhöhen. Was der Öffentlichkeit nicht gezeigt wird, ist die Tatsache, dass es sich bei PPP um eine „strukturierte Finanzierung“ handelt. Zwar besteht zunächst der Vorteil, dass sich die öffentliche Hand zunächst nicht verschuldet, aber die Zahlungsverpflichtungen aus einem PPP-Vertrag tragen mit fortschreitender Vertragslaufzeit zu einer weiteren Auszehrung der öffentlichen Haushalte bei. Die Interessen des externen Investors werden gefördert, während die Interessen der öffentlichen Hand vernachlässigt werden müssen.

# Neue KMU-Definition für öffentliche Unternehmen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist eine Wirtschaft, deren nachhaltige Produktivitätsrate in der Lage ist, das Wachstum und damit das Einkommen und die Lebensqualität zu steigern. Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit ist seit langem eine der wichtigsten politischen Prioritäten der Europäischen Union (EU). Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen im Gefüge der europäischen Wirtschaftspolitik eine zentrale Rolle. Öffentliche Unternehmen verfügen durch ihre Aktivitäten und Infrastrukturen über ein enormes Treibhausgasminderungspotenzial, um die anstehende sozial-ökologische Transformation zu bewältigen, sind jedoch von der KMU-Definition ausgeschlossen. **Welche konkreten Schritte planen Sie, um eine Änderung der KMU-Definition zu erreichen?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Relevanz hat für Sie die Änderung der KMU-Definition, die auch öffentliche Wirtschaftsakteure einschließt? * Welchen zeitlichen Rahmen können Sie uns für eine Umsetzung skizzieren? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden in der EU-Empfehlung 2003/361 definiert[[9]](#footnote-9). Danach zählt ein Unternehmen zu den KMU, wenn es nicht mehr als 249 Personen beschäftigt und einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. € hat. Diese Schwellenwerte beziehen sich auf Einzelunternehmen. Gehört ein Unternehmen zu einem größeren Konzern, sind je nach Beteiligungshöhe die Beschäftigtenzahl und der Umsatz bzw. die Bilanzsumme des Konzerns zu berücksichtigen. Die Abgrenzung eines KMU nach der KMU-Definition der EU-Kommission ist wichtig für den Zugang zu Finanzmitteln und zu EU-Förderprogrammen, die speziell auf diese Unternehmen ausgerichtet sind. Die derzeitige KMU-Definition schließt viele kommunale Unternehmen aus und führt dazu, dass viele Förderprogramme für sie nicht zugänglich sind. Benachteiligungen ergeben sich auch in den Bereichen Beihilfen und Steuern. Gerade mit Blick auf die angespannte Finanzsituation öffentlicher Unternehmen und Kommunen infolge der COVID-19-Pandemie sollte hier ein Umdenken der EU-Kommission stattfinden. Insbesondere im Hinblick auf die anstehenden Investitionen im Rahmen des Green Deals sollten auch öffentliche Unternehmen zusätzliche finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung klimaneutraler Investitionen erhalten.

# Dual-Use-Kriterium – Klimaschutz und Versorgungssicherheit für kritische Infrastrukturen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die letzten durch Krisen (Pandemie, Energiearmut und Krieg) gezeichneten Jahre haben den Bürger:innen innerhalb der Europäischen Union gezeigt, dass Resilienz eines der Hauptziele der Union und der Mitgliedstaaten sein muss. Der russische Angriffskrieg zwingt uns, die Resilienz aller Infrastrukturen und Institutionen sicherzustellen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels bedeutet Resilienz aber vor allem auch Klimaschutz, Klimaanpassung und Versorgungssicherheit. **Wie wollen Sie sicherstellen, dass Projekte, die nicht den Dual-Use-Kriterien entsprechen, aber zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit beitragen, weiterhin ausreichend Zugang zu EU-Programmen/EU-Mitteln haben?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche neuen EU-Programme und EU-Initiativen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um die europäischen Klimaziele zu erreichen? * Wie kann sichergestellt werden, dass öffentliche Akteure, die die Lebensqualität garantieren, eine widerstandsfähige Finanzierung erhalten? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

In den letzten Jahrzehnten wurde die Europäische Union mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Klimawandel, demografische Verschiebungen, Migrationsdruck und die Covid-19-Pandemie verändern unsere Gesellschaft. Insbesondere der russische Angriffskrieg markiert einen radikalen Umbruch in der geopolitischen Sicherheitsarchitektur und offenbart Lücken in der europäischen Resilienz. Resilienz wird jedoch als die Fähigkeit definiert, nicht nur Herausforderungen standzuhalten und zu bewältigen, sondern auch Übergänge nachhaltig, gerecht und demokratisch zu gestalten. Diese multidisziplinäre Perspektive verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Der Aufbau einer widerstandsfähigeren Gesellschaft erfordert die Stärkung kritischer Infrastrukturen und die Verbesserung der Anpassungs- und Transformationsfähigkeit aller Akteure. Um die militärische Mobilität der Streitkräfte der Europäischen Union innerhalb und außerhalb der Union zu verbessern, ist die Verbesserung der Kapazität der dual-use-Verkehrsinfrastruktur entlang des EU-Militärnetzwerks und des TEN-T-Netzwerks von entscheidender Bedeutung für die europäische Sicherheit und Verteidigung. Eine vereinfachte und verkürzte Sichtweise des Dual-Use-Kriteriums für die Verkehrsinfrastruktur reicht jedoch nicht aus, um ein resilientes Europa zu schaffen. Insbesondere Versorgungssicherheit, Klimaschutz und -anpassung sowie Energiesicherheit müssen gewährleistet werden.

1. Europäische Kommission: Amtsblatt der Europäischen Union 20.05.2023.:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003H0361&from=EN>

# Flexibilität von EU-Förderprogrammen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Europäische Union stellt ein breites Spektrum an Fördermitteln zur Verfügung. Diese versuchen den Anforderungen einer sich ständig verändernden Gesellschaft gerecht zu werden. Förder- und Finanzierungsprogramme werden jedoch nicht immer dem Anspruch, ihre Ziele effizient und gerecht umzusetzen, gerecht. Bürokratische Hürden und Ausnahmeregelungen der EU und der Mitgliedstaaten erschweren vielen Akteuren die Teilnahme. **Wie wollen Sie bei EU-Förderprogrammen die notwendige Flexibilität bei der Antragstellung und Mittelverwendung sicherstellen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie können Sie sicherstellen, dass Akteure der öffentlichen Daseinsvorsorge bei der Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Förderprogrammen effektiv miteingebunden werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Die internationalen und nationalen Klimaschutzziele sind ehrgeizig, dies bedeutet immense Investitionen und Maßnahmen für den europäischen Wirtschaftsraum. Klassische Förderprogramme mit engen technischen Verwendungsvorgaben und aufwändigen und langwierigen Verfahren werden nicht den notwendigen Erfolg bringen. Gleichzeitig muss die Wirksamkeit der Förderung im Hinblick auf die Klimaziele im Mittelpunkt stehen. Die sozial-ökologische Transformation ist viel zu komplex, um im Rahmen kleinteiliger Förderprojekte detaillierte inhaltliche Vorgaben für einzelne Förderbereiche zu machen. Zudem würde gerade die Anwendung statischer Vorgaben, die sich zwangsläufig am aktuellen Stand der Technik orientieren, Innovationen verhindern. Gerade neue, innovative Lösungen sind gefragt. Neben der Effizienz ist auch die Innovationsoffenheit von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz. Die öffentliche Wirtschaft als Garant für ein resilientes und klimaneutrales Europa muss deutlich mehr Flexibilität und Wahlmöglichkeiten bei der Förderung von sozialen und resilienten Klimaschutzinnovationen erhalten. Die kommunale Wirtschaft muss immer mehr Projekte betreuen und schneller als bisher Wirkungen erzielen - und das mit absehbar weniger Personal. Es ist daher dringend erforderlich, die Förderstruktur so zu verändern, dass sich das Verfahren an den Bedarf und die tatsächlichen administrativen Kapazitäten anpasst und nicht umgekehrt. Gerade mit Blick auf den kommunalen Klimaschutz bedeutet dies auch, dass insbesondere im Bereich inhaltlich zusammenhängender Projekte (z.B. Ausbau aktiver Mobilitätsinfrastrukturen – Fahrradwege, Bürgersteige) eine gebündelte Beantragung und Abrechnung von Einzelmaßnahmen möglich sein muss.

# Planbarkeit von EU-Förderprogrammen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die aktuellen Krisen und der Klimawandel stellen die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten, aber auch die kommunale Ebene vor große wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die Covid-19-Krise legt Investitionslücken im Bereich der Daseinsvorsorge offen. Die russische Invasion in der Ukraine verstärkt auf dramatische Weise die Notwendigkeit, die Energiewende zu beschleunigen und die Abhängigkeit von (russischem) Gas und anderen fossilen Brennstoffen zu beenden. Lokale öffentliche Investitionen in eine widerstandsfähige Infrastruktur und die Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen haben positive wirtschaftliche Auswirkungen, müssen aber planbar und nachhaltig sein. **Wie kann sichergestellt werden, dass es ausreichend EU-Programme für Projekte gibt, die auch für die begünstigten Antragsteller planbar und nachhaltig sind?** |
| **Nachfrage** |
| * Sind weitere Optimierungen der EU-Förderprogramme geplant? * Welche Bedeutung hat der Faktor Planbarkeit in der EU-Förderlandschaft für weitere Optimierungen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Die Europäische Union (EU) hat sich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Das europäische Klimagesetz gilt als eine der Kerninitiativen zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals, in dem ehrgeizige Ziele für 2030 u.a. zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zur Einführung von Technologien für erneuerbare Energien und zur Energieeffizienz festgelegt wurden. Zahlreiche Regelungen zielen darauf ab, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es erheblicher Anstrengungen, u. a. in Form regulatorischer und öffentlicher Unterstützung, um Innovationen zu fördern und die Markteinführung kohlenstofffreier und kohlenstoffarmer Alternativen zu beschleunigen. Für eine wirksame und sozialverträgliche Umsetzung der Ziele der Union ist jedoch Planung erforderlich. Insbesondere die Akteure der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen aufgrund ihrer zentralen Stellung für die Gesellschaft und innerhalb des Binnenmarktes bei der sozial-ökologischen Transformation unterstützt werden. Durch eine strukturierte und planbare Förderung von Projekten, die für eine klimaneutrale Union von der öffentlichen Hand umgesetzt werden sollen, bedarf es einer starken Einbindung der Stakeholder:innen und langfristiger Ausschreibungsmechanismen, damit alle Regionen innerhalb des europäischen Binnenmarktes davon profitieren.

# Urban Nodes – Mobilitätsförderung

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die aktuellen Krisen und der Klimawandel stellen die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten, aber auch die kommunale Ebene vor große wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die Covid-19-Krise legt Investitionslücken im Bereich der Daseinsvorsorge offen. Die russische Invasion in der Ukraine verstärkt dramatisch die Notwendigkeit, die Energiewende zu beschleunigen und die Abhängigkeit von (russischem) Gas und anderen fossilen Brennstoffen zu beenden. Mobilität ist dabei eine unverzichtbare Grundlage unserer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten. **Welche Rolle spielt die urbane Mobilität in Ihren Überlegungen für die sozial-ökologische Transformation und wie wollen Sie sicherstellen, dass dafür ausreichend EU-Mittel zur Verfügung stehen?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Bedeutung haben für Sie in diesem Zusammenhang Urban Nodes? * Mit Blick auf relevante Allianzen für die Umsetzung von Urban Nodes, können Sie sich vorstellen das Positionspapier des **POLIS-Networks** (1) zu unterstützen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Die europäischen Bürger:innen haben das Recht auf einen barrierefreien, sicheren und nachhaltigen Personen- und Güterverkehr innerhalb der Union. Das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T ) ist ein wichtiger Motor für die Verbesserung der Mobilität von Personen und Gütern in Europa. Mit der Einigung auf eine Überarbeitung der TEN-T-Verordnung im Jahr 2023 hat die Europäische Union eine umfassende Strategie zur Verbesserung der Mobilität und der Nachhaltigkeit der europäischen Verkehrsinfrastruktur entwickelt. Governance spielt eine zentrale Rolle bei der Erfüllung der neuen Anforderungen an urbane Knotenpunkte, einschließlich der Pläne für nachhaltige urbane Mobilität (SUMPs), multimodale Personenverkehrsknotenpunkte und multimodale Güterterminals. Die Governance-Strukturen auf der Ebene der städtischen Knotenpunkte müssen an die lokalen Gegebenheiten angepasst sein und Subsidiarität und demokratische Legitimität gewährleisten. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten müssen die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den urbanen Knoten anerkennen und ausgleichen. Maßgeschneiderte Ansätze auf nationaler und lokaler Ebene können den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der 431 Knoten Rechnung tragen. Darüber hinaus sind angemessene Finanzmittel für die Erfüllung der in den TEN-T-Vorschriften festgelegten Anforderungen unerlässlich. Es muss anerkannt werden, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht in der Lage sind, die gesamten Kosten der ökologischen Umstellung allein zu tragen. Die Beibehaltung eines soliden Finanzierungsrahmens ist unerlässlich, um eine ausreichende Finanzierung für TEN-T-bezogene Initiativen zu gewährleisten. Dazu gehören auch Projekte zur Verbesserung der städtischen Mobilität. Nicht nur Studien sollten finanziert werden, sondern auch die Umsetzung von Projekten.

1. Polisnetwork – Urban Nodes: Empowering Cities and Regions to build the TEN-T, 03.06.2024

<https://voewg.eu.junglemailpages.com/link/?c=1378884b-2b72-46af-b4c6-83920b966d0f&j=020d5351-1e57-456f-b1a3-04694064f617&l=fc938d08-f2fd-4d20-80ea-f71993bd54c0&e=765ddf88-7513-4853-acc3-8e07fd58961c&p=1>

# De-Minimis-Beihilfen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Öffentliche Unternehmen haben den Auftrag, die Daseinsvorsorge für die Bürger:innen innerhalb der Union bereitzustellen und erbringen Dienstleistungen von allgemeinem öffentlichem Interesse. Sie gestalten die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung und agieren nicht gewinnorientiert oder wettbewerblich am Markt. Umso wichtiger ist die Koordination und Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren der Daseinsvorsorge. De-minimis-Beihilfen unterstützen die Daseinsvorsorge bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und dürfen nicht dazu führen, dass die Erbringung der Leistungen aus unternehmensrechtlichen Gründen unterbleibt. **Planen Sie eine** **Überarbeitung der De-minimis-Verordnung, damit Innovationen für die Daseinsvorsorge nicht durch das Kumulationsprinzip verhindert werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Schritte möchten Sie setzten, damit De-Minimis-Beihilfen und DAWI-Beihilfen für innovative Projekte innerhalb eines Unternehmens attraktiver werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Beihilfen nach der De-minimis-Verordnung sind Beihilfen, die unter bestimmten Voraussetzungen nicht dem Anmeldeverfahren bei der Europäischen Kommission unterliegen, da aufgrund ihrer Geringfügigkeit davon ausgegangen wird, dass der Wettbewerb und der Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt werden und somit nicht alle Tatbestandsmerkmale einer "staatlichen Beihilfe" erfüllt sind. Solche Beihilfen sind für „einzelne Unternehmen“ möglich. Daraus folgt, dass die Kommission gemäß dem in Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit dafür zu sorgen hat, dass die Vorschriften über staatliche Beihilfen eingehalten werden. Die Mitgliedstaaten sollten der Kommission die Erfüllung dieser Aufgabe erleichtern, indem sie durch geeignete Vorkehrungen sicherstellen, dass der Gesamtbetrag der einem Unternehmen nach der De-minimis-Regelung gewährten Beihilfe den zulässigen Höchstbetrag nicht überschreitet. Die Mitgliedstaaten sollten die Gewährung von Beihilfen überwachen, um sicherzustellen, dass die Kumulierungsregeln eingehalten werden. Der Begriff des „einzigen Unternehmens“ umfasst alle Unternehmen, die entweder völlig unabhängig sind oder durch mindestens eine der folgenden Beziehungen miteinander verbunden sind: - ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte eines anderen Unternehmens; - ein Unternehmen hat das Recht, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen; - ein Unternehmen hat vertraglich einen beherrschenden Einfluss; - ein Unternehmen übt aufgrund einer Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte aus. Diese Regelung verhindert die effektive Inanspruchnahme von De-minimis-Beihilfen durch öffentliche Dienstleister im Bereich der Daseinsvorsorge und diskriminiert diese im Binnenmarkt. Eine rasche Änderung der Definition und Überarbeitung der De-minimis-Verordnung ist daher notwendig, um sozial-ökologische Innovationen für und in der Daseinsvorsorge zu ermöglichen.

# 

# Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Energie- und Klimakrise sowie der russische Angriffskrieg haben die Notwendigkeit eines resilienten und sicheren Europas in den Fokus der Gesellschaft gerückt. Die Europäische Union hat sich gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten Ziele für die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen einerseits und für ein sicheres Europa andererseits gesetzt. Nun müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine rasche und effiziente Umsetzung geschaffen werden, damit bürokratische Hürden die sozial-ökologische Transformation nicht behindern. Die Mitgliedstaaten stehen in der Verantwortung, die einzelnen Sektoren zu unterstützen. **Welche Schritte wollen Sie unternehmen, damit die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung auf weitere Sektoren ausgeweitet wird?** |
| **Nachfrage** |
| * Mit welchen Initiativen und EU-Programmen planen Sie regionalen Akteuren bei der Finanzierung von Projekten für ein resilientes Europa besser unterstützen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Die AGVO ist ein Eckpfeiler der Reform der Kommission zur Modernisierung des EU-Beihilferechts, die darauf abzielt, das Wirtschaftswachstum zu fördern und die EU-Genehmigungsverfahren auf große Beihilfefälle zu konzentrieren, die zu unlauterem Wettbewerb führen könnten. Am 23. Juni 2023 nahm die Europäische Kommission eine Änderung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) an, um die Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels in der EU weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu schützen. Die AGVO ermöglicht es den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, bestimmte Beihilfemaßnahmen direkt durchzuführen. Sie stellt bestimmte Gruppen staatlicher Beihilfen, deren Nutzen für die Gesellschaft nach Auffassung der Kommission etwaige Wettbewerbsverzerrungen überwiegt, von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung bei der Kommission frei. Erfüllt eine staatliche Beihilfe nicht die Kriterien der AGVO, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass sie mit dem EU-Beihilferecht unvereinbar ist, sondern nur, dass sie vor ihrer Durchführung bei der Kommission angemeldet werden muss. Allerdings bedarf es einer genaueren Analyse und einer Ausweitung der Gruppen innerhalb der AGVO, insbesondere auf Akteure, die den sozial-ökologischen Wandel vorantreiben wollen und aufgrund zahlreicher Regelungen auch effektiv umsetzen müssen. Insbesondere öffentliche Akteure der Daseinsvorsorge werden benachteiligt, obwohl sie den wirksamsten Hebel für eine sozialverträgliche Transformation hin zu einer Netto-Null-Emissionsunion für die Gesellschaft haben. Sie müssen daher besser unterstützt werden.

# Skalierbarkeit von geförderten Projekten

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Energie- und Klimakrise sowie der russische Angriffskrieg haben die Notwendigkeit eines resilienten und sicheren Europas in den Fokus der Gesellschaft gerückt. Die Europäische Union hat sich gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten Ziele für die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen einerseits und für ein sicheres Europa andererseits gesetzt. Nun gilt es, vorhandene Technologien und Innovationen in eine breite Umsetzungsphase zu bringen, damit finanzielle Engpässe die sozial-ökologische Transformation nicht behindern. **Mit welchen Initiativen und EU-Programmen möchten Sie sicherstellen, dass bereits vorhandene und deutlich effizientere Technologien im Roll-Out gefördert werden, damit diese flächendeckend zum Einsatz kommen?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Relevanz hat für Sie die Skalierbarkeit von geförderten Projekten im Bereich der kritischen Infrastrukturen in Ihren Überlegungen? * Wie könnten Ihrer Einschätzung nach hinkünftig Betriebsbeihilfe für innovative und resiliente Klimaprojekte der Daseinsvorsorge ausgestaltet werden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Förderungen sind Instrumente zur Unterstützung der Markteinführung innovativer und klimafreundlicher Prozesstechnologien. Adressaten sind Unternehmen, die ihre bestehenden Prozesse nur noch in begrenztem Umfang hinsichtlich ihrer CO2-Emissionen optimieren können, so dass entweder gänzlich andere oder deutlich modifizierte Prozesse erforderlich sind, um eine Dekarbonisierung gemäß den Zielen der Europäischen Union zu erreichen. Dies führt zu einem erheblichen Investitionsbedarf seitens der Mitgliedstaaten oder Investoren aus Drittstaaten. Instabile nationale Politiken und geopolitische Krisen gefährden jedoch das Investitionspotenzial für wichtige langfristige Transformationsprozesse. Zudem sind klimafreundliche Prozesse (Produkte) auch in der Umsetzung (variable Betriebskosten) oft deutlich teurer als marktgängige, emissionsintensive Prozessangebote. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: unzureichender CO2-Preis, homogener Produktpreis sowie höhere Betriebskosten durch Energieträgerwechsel etc. Neben der Kostendifferenz, die sich aus den genannten Faktoren ergibt, ist auch das Risiko durch Preisschwankungen, Krisen und Kriege sehr relevant. Skalierbare Förderungen für Technologien im Roll-Out bieten die Möglichkeit, durch Abfederung dieser Kostenunterschiede und Risiken die Markteinführung und Umsetzung solcher Prozesse deutlich vorzuziehen. Dieser Vorzieheffekt ist aufgrund der sehr langen technischen Lebensdauer von Anlagen und Prozessen in der Green Economy im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge besonders relevant. Ein „*window of opportunity*“ besteht insbesondere dann, wenn Reinvestitionszyklen anstehen. Neben der Wirkung als Markteinführungsinstrument könnte eine skalierbare Förderung von Technologien im Roll-out auch einen Beitrag zur Technologieentwicklung und damit letztlich auch zum Technologietransfer innerhalb des Binnenmarktes leisten.

# European Social Climate Fund (SCF)

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Der Klimawandel wird wirtschaftliche und soziale Folgen haben. Um die Klimaziele zu erreichen, werden erhebliche öffentliche Mittel benötigt. Die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur ist ein Garant für erschwingliche Mobilität, Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energien sowie die Beteiligung an Energiegemeinschaften sind wirksame Mittel, um die Abhängigkeit von Russland zu verringern und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit der Union zu stärken. Es werden zweckgebundene Mittel benötigt, um benachteiligte Haushalte, benachteiligte Unternehmen und benachteiligte Verkehrsnutzer zu unterstützen. **Wie würden Sie den Europäischen Sozialklimafonds ausgestalten, um insbesondere die Akteure der regionalen Daseinsvorsorge zu unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie kann sichergestellt werden, dass diese Mittel auch bei den kommunalen und lokalen Akteuren und Unternehmen ankommen? * Welche weiteren Initiativen und EU-Programme planen Sie, um einen sozial gerechten Übergang zu einem klimaneutralen Europa zu gewährleisten? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Der Sozialschutz spielt eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung mehrerer umweltpolitischer Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Es wird davon ausgegangen, dass verschiedene Instrumente des Sozialschutzes das Potenzial haben, die Bewältigungs-, Anpassungs- und Transformationskapazitäten schutzbedürftiger Gruppen zu stärken, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen, einen gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu erleichtern und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit zwischen den Generationen voranzutreiben. Ein gerechter Übergang wird nicht gerecht sein, wenn er nicht inklusiv ist. Derzeit ist einer von fünf Europäer:innen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. "Niemanden zurückzulassen" bedeutet, bei der Energiewende besonders auf die schwächsten Gruppen zu achten. Anfällige Bürger:innen und Familien haben die geringsten Ressourcen, um sich dem Klimawandel zu stellen, sowohl in finanzieller als auch in politischer Hinsicht. Der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Soziale Klimafonds (Social Climate Fund, SCF) bietet die Möglichkeit, diese finanzielle und politische Lücke zu schließen. Der SCF soll im Zeitraum 2025-2032 EU-Mittel in Höhe von mehr als 72 Milliarden Euro bereitstellen, die hauptsächlich über das Emissionshandelssystem in den Bereichen Gebäude und Straßenverkehr eingesetzt werden sollen. Diese Mittel müssen jedoch zielgerichtet bei den Menschen und den Akteuren der Daseinsvorsorge ankommen, die seit Jahrzehnten den gesellschaftlichen Auftrag für ein gerechtes und ökologisches Leben in ihren jeweiligen Handlungsfeldern erfüllen. Die Daseinsvorsorge und ihre Unternehmen müssen in ihrer Aufgabe, insbesondere für sozial benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft, besser und effektiver durch den ESF unterstützt werden. Nur so kann die sozial-ökologische Transformation gerecht und nachhaltig gestaltet werden.

# Infrastrukturförderungen am Beginn der Wertschöpfungskette

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Europäische Union hat sich ehrgeizige Ziele zur Reduzierung der Nettoemissionen und zur Erreichung des Pariser Abkommens gesetzt. Um eine sozial-ökologische Transformation im europäischen Wirtschaftsraum voranzutreiben, hat die Europäische Kommission verschiedene Förderinstrumente zur Verfügung gestellt. Viele dieser Förderungen zielen jedoch auf Nischeninnovationen und End-of-Pipe-Projekte am Ende der Wertschöpfungskette ab, um mögliche Emissionseinsparungen zu realisieren. **Welche Priorität hat für Sie die Infrastrukturförderung am Anfang der Wertschöpfungskette (z.B. Netzausbau) und sind diesbezüglich neue Förderprogramme geplant?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Mittel auch bei den kommunalen und lokalen Akteuren und Unternehmen ankommen? * Planen Sie ein Weiß- oder Grünbuch zur Ausgestaltung wirksamer Finanzinstrumente für eine sozial-ökologische Transformation? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Um eine sozial-ökologische Transformation im europäischen Wirtschaftsraum voranzutreiben, hat die Europäische Kommission verschiedene Förderinstrumente zur Verfügung gestellt. Viele dieser Förderungen zielen jedoch auf Nischeninnovationen und End-of-Pipe-Projekte am Ende der Wertschöpfungskette ab, um mögliche Emissionseinsparungen zu realisieren. Diese überwiegende Fokussierung auf Emissionseinsparungen bei Akteuren und Projekten am Ende der Wertschöpfungskette kann die Klimaziele nicht effizient und effektiv erreichen. Grundvoraussetzung für die Etablierung nachhaltiger Industrien und Wirtschaftszweige in der Union sind Investitionen in die Infrastruktur. So ist beispielsweise der Ausbau der digitalen Infrastruktur (z.B. Breitband) oder der Schieneninfrastruktur ein wesentlicher Eckpfeiler. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Förderung effektiv am Anfang der Wertschöpfungskette ansetzt.

# Bedeutung der EIB für klimaschützende Infrastrukturinvestitionen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Europäische Investitionsbank ist die Förder- und Investitionsbank der EU-Mitgliedstaaten. Sie ist die größte multilaterale Finanzierungsinstitution der Welt und der wichtigste Geldgeber für den Klimaschutz innerhalb und außerhalb des europäischen Binnenmarktes. Mit dem European Green Deal soll die europäische Wirtschaft nachhaltig und fair gestaltet werden. Um dieses Ziel effektiv, schnell und sozial gerecht zu erreichen, werden enorme finanzielle Mittel in Form von Zuschüssen und Darlehen benötigt, die nur unionsweit gebündelt und verteilt werden können. **Welche Bedeutung hat die EIB für klimaschützende Infrastrukturinvestitionen in Europa und mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Handlungsspielraum der EIB in diesem Bereich stärken?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche weiteren Initiativen und EU-Programme planen Sie, um einen sozial gerechten Übergang zu einem klimaneutralen Europa zu gewährleisten? * Beabsichtigen Sie, das Kapital der EIB zu erhöhen, um ihre Rolle zu stärken und sie widerstandsfähiger gegen Finanzmarktkrisen zu machen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Anteilseigner der Europäischen Investitionsbank sind die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die EU-Mitgliedstaaten sind uneingeschränkt und ohne geografische oder sektorale Quoten für Finanzierungen der Bank förderfähig. Die EIB ist somit die (Klima-)Bank der Europäischen Union und stellt in dieser Funktion Mittel und Know-how für wirtschaftlich, technisch, finanziell und ökologisch tragfähige Investitionsvorhaben in Europa und darüber hinaus bereit, die zu den politischen Zielen und Prioritäten der EU beitragen. Bei der Verfolgung ihrer Ziele ist die EIB finanziell unabhängig und beschafft sich den größten Teil ihrer Darlehensmittel auf den internationalen Kapitalmärkten durch die Emission von Anleihen. Die Pandemie, die Energiekrise und der Angriffskrieg Russlands haben das Vertrauen der Wirtschaftsakteure im Binnenmarkt erschüttert und Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau erschwert. Daher ist es nur vernünftig, vermehrt unionsweite Ressourcen zu bündeln und unabhängig von politischen Skandalen und Stimmungslagen europäische Projekte für die Bürger:innen für eine klimaneutrale Europäische Union zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch, den Handlungsspielraum der Europäischen Investitionsbank zu erweitern, damit sie resilient im Falle einer zukünftigen Finanzkrise wird und mehr Anschubfinanzierungen für klimafreundliche Infrastrukturinvestitionen leisten kann.

# Teilbereich III – Digitalpolitik

# Marktverzerrungen durch Rezensionen in der Plattformökonomie

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Viele Kund:innen in der EU treffen ihre Kaufentscheidungen basierend auf sogenannten Produkt- und Unternehmensratings (bspw. Rezensionen bei Amazon, Google). Selbst im Bereich der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Raums werden diese Plattformen zur Entscheidungsfindung herangezogen (bspw. Google Maps). Durch Manipulation und fehlende einheitliche Regeln kann es zu Marktverzerrungen kommen. **Welche Initiativen planen Sie, dass Rezensionen auf digitalen Plattformen nicht zu Marktverzerrungen oder Manipulationen führen?** |
| **Nachfrage** |
| * Planen Sie ein Weißbuch oder ein Grünbuch zur Diskriminierung europäischer Marken und Unternehmen im Binnenmarkt? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Online-Bewertungen sind für viele Menschen zu einem wichtigen Entscheidungsfaktor beim Einkaufen geworden und haben einen hohen Stellenwert sowohl für Kund:innen, als auch für Unternehmen und öffentliche Dienstleister. Online-Rezensionen stellen für viele Kund:innen eine Möglichkeit dar, die Professionalität und die Arbeitsweise des Unternehmens für alle sichtbar zu machen. Auf der Unternehmerseite können gute Kundenbewertungen die Umsätze von erhöhen und schlechte Bewertungen einbremsen. Auf beiden Seiten besteht jedoch die Gefahr von Manipulationen und damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen. Privatpersonen können, zum Teil anonym, Produkte oder Dienstleistungen bewerten und damit (mutwillig) Unternehmen und öffentliche Dienstleister, sowie auch Standorten (z.B. Google Maps) schaden. Auf der anderen Seite können auch Hersteller, Händler und Portale bei Bewertungen auf verschiedene Weise mitmischen. Die Verbraucherzentrale warnt daher vor ernsthaften Wettbewerbsverzerrungen durch manipulierte Bewertungen. Die Richtlinie (EU) 2019/2161 („Modernisierungs-Richtlinie) widmete sich der voranschreitenden Digitalisierung und daraus resultierenden digitalen Herausforderungen, welche Anpassungen im Rechtsbestand der EU erforderten. Mittels der Richtlinie wurden zwar die Verbraucherschutzvorschriften innerhalb der Union modernisiert und neue gesetzliche Transparenzverpflichtungen eingeführt, eine Untersuchung des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) im Frühjahr 2023 offenbarte aber große Mängel bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen. Außerdem gibt es keine europäischen Regelungen, die Unternehmen und öffentliche Dienstleister vor Wettbewerbsverzerrungen durch manipulierte Bewertungen schützen. Eine europäische Lösung würde zu mehr Rechtssicherheit führen und gewährleisten, dass sowohl private Unternehmen als auch öffentlicher Dienstleister vor falschen negativen Bewertungen, die sich geschäftsschädigend auswirken, ungefährdet bleiben.

# Fiskalische Instrumente für Digitalkonzernen am europäischen Binnenmarkt

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Während europäische Konzerne im Binnenmarkt in der Regel standortgebundene Leistungen erbringen und dafür Steuern und Abgaben zahlen, ist eine zunehmende Dominanz digitaler Geschäftsmodelle zu beobachten, die dezentral und steueroptimiert agieren. **Welche fiskalischen Instrumente planen Sie, um im europäischen Binnenmarkt ein Level-Playing-Field zwischen Real- und Digitalwirtschaft hinsichtlich der Steuer- und Abgabenbelastung herzustellen?** |
| **Nachfrage** |
| * Sind in diesem Zusammenhang auch Änderungen bei der Besteuerung von Digitalkonzernen geplant? * Sehen Ihre Pläne zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft auch Unterschiede zwischen kleinen und großen Unternehmen vor? * Welche weiteren Initiativen halten Sie für notwendig, um eine gerechte Steuerbelastung von Digitalkonzernen zu erreichen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Die digitale Wirtschaft ist eine der großen Herausforderungen für die Steuerpolitik. Digitalkonzerne erzielen ihre Umsätze und Gewinne auch an Orten, an denen sie keine Niederlassung oder Betriebsstätte haben, so dass die Besteuerung schwierig ist und Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Große Digitalkonzerne verschieben ihre Gewinne jedoch zum Großteil in Steueroasen und zahlen dadurch weniger Steuern als kleine und mittelständische Unternehmen. Die OECD und die EU arbeiten daher seit längerem an der Umsetzung von Lösungen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft, jedoch ist bisher keine Einigung absehbar. Die EU sollte ihren Vorschlag zur Einführung einer EU-weiten Digitalsteuer wiederbeleben und basierend auf dem OECD-Vorschlag weiterentwickeln, um bei stockender Ratifizierung des OECD-Vorschlags eine bereits griffbereite Option zu haben. Maßnahmen gegen Steuervermeidung und Gewinnverschiebung sind dringend notwendig, um im europäischen Binnenmarkt ein Level-Playing-Field zwischen Real- und Digitalwirtschaft herzustellen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten zudem ihre Steuerbehörden stärken folgen und gezielt gegen die Steuervermeidung der großen Digitalkonzerne vorgehen. Die EU sollte hier insbesondere über die europäische Staatsanwaltschaft koordinierend tätig werden.

# Umsetzung von Digitalrechtsakten

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die EU hat in den letzten Jahren im Rahmen der „Digitalen Dekade“ zahlreiche Digitalgesetze umgesetzt, für deren Überwachung neue oder erweiterte nationale Aufsichtsbehörden erforderlich sind. Die Aufsichtsbehörden in den Mitgliedsstaaten, die Plattformen überwachen, sind jedoch unterschiedlich stark besetzt und teilweise den hohen Anforderungen nicht gewachsen, so dass die Kontrolle unzureichend ist. **Wie können Sie sicherstellen, dass in den Mitgliedstaaten genügend Planstellen vorhanden sind, um die relevanten Digitalisierungsgesetze umzusetzen und zu monitoren?** |
| **Nachfrage** |
| * Sind neue Stellen geplant, um z.B. den Digital Service Act und den Digital Markets Act umzusetzen? * Sind steuerliche Instrumente geplant, um die neuen Ausgaben finanzieren zu können? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

In der EU wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Gesetze, Projekte und Programme, welche die digitale Wirtschaft betreffen, vorgeschlagen und umgesetzt. Beispielhaft soll hier der Digital Markets Act (DMA), der Digital Services Act (DSA) und der Artificial Intelligence Act (AI Act) genannt werden. Die Umsetzung sowie die Überwachung der von den Gesetzen betroffenen Unternehmen stellen die Aufsichtsbehörden vor große Herausforderungen. Aus diesem Grund wird befürchtet, dass die dafür notwendigen Organe nicht ausreichend besetzt sind und die Gesetzesvollziehung ins Stocken gerät. Ein Ausbau der Planstellen zur Überwachung und Kontrolle der Gesetze im Digitalbereich sorgt für eine rechtssichere EU und kann die Durchsetzung der Rechtsakte gewährleisten.

# Ausbau der digitalen Infrastruktur in technologisch strukturschwachen Regionen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Beim Ausbau der Breitbandnetze hinkt der ländliche Raum trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren hinterher, viele ländliche Gebiete sind von einer unzureichenden digitalen Infrastruktur betroffen. **Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Förderung der digitalen Infrastruktur auch in den ländlichen und technologisch unterentwickelten Regionen Europas ankommt?** |
| **Nachfrage** |
| * Inwieweit planen Sie bei der Beschaffung digitaler Infrastrukturen auf europäische Hersteller zurückzugreifen bzw. diese gegenüber Drittstaaten zu fördern/bevorzugen? * Können Sie sich vorstellen, einen Teil der Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums für die Umsetzung der erforderlichen digitalen Infrastrukturen zu verwenden? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Trotz der vielen Bemühungen vonseiten der nationalen Regierungen und der Europäischen Union geht der Breitbandbandausbau vor allem in ländlichen Gebieten weiterhin schleppend voran. Dabei ist der Ausbau von Breitbandinfrastrukturen von höchster Relevanz, um ein stabiles digitales Fundament für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und lebenswerte Städte und Regionen zu errichten. Im Sinne der Chancengleichheit sollten alle Menschen in der gesamten EU, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder im ländlichen Raum leben, Zugang zu angemessenen digitalen Infrastrukturen haben. Ultraschnelle Breitbandnetze bilden das Rückgrat für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aktivitäten und unabdingbar für Digitalisierungsprozesse. Investitionen in eine gute digitale Infrastruktur sind gleichzeitig Investitionen in Zukunft, Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit. Aus Sicht der Daseinsvorsorge ist es notwendig, einen flächendeckenden Glasfaserausbau durch faire Bedingungen sicherzustellen, auch um gleiche Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere kommunale Unternehmen zu garantieren.

# Kosten für die Datenbereitstellung öffentlicher & kommunaler Akteure

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Digitalisierungsprozesse öffentlicher und kommunaler Akteure sind mit hohen Investitions- und Betriebskosten verbunden. So sind sowohl für die Bereitstellung von Verwaltungsdaten als auch für komplexe Echtzeitdaten sehr hohe laufende Kosten zu kalkulieren. **Wie wollen Sie öffentliche und kommunale Akteure (z.B. Verwaltungsbehörden, öffentliche Verkehrsunternehmen etc.) bei der digitalen Transformation und den damit verbundenen laufenden Kosten unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Sind EU-Programme geplant, die die Betriebskosten für die Bereitstellung öffentlicher und kommunaler Daten finanziell abfedern? * Insbesondere bei kritischen Infrastrukturen sind hohe Sicherheitsrisiken zu berücksichtigen, die wiederum hohe laufende Kosten für Cybersicherheit implizieren, sind hierfür zweckgebundene EU-Förderungen geplant? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Der digitale Wandel und damit einhergehende Digitalisierungsprozesse haben für viele Unternehmen zu erheblichen Mehrkosten geführt. Einerseits müssen bestehende Systeme und Prozesse an die neuen digitalen Lösungen angepasst und integriert, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit den neuen Systemen geschult werden. Andererseits erfordern digitale Systeme kontinuierliche Wartung und regelmäßige Updates, um effizient zu bleiben und Sicherheitslücken zu schließen. Mit der Digitalisierung steigen auch die Anforderungen an die IT-Sicherheit, wobei Unternehmen in diesem Bereich (laufend) große Investitionen tätigen müssen. Weitere kostspielige Punkte sind die Datensammlung und Datenspeicherung. Die hohen Kosten der Datenspeicherung sind auf die teure Hardware, Infrastruktur, Sicherheitsmaßnahmen, Compliance-Anforderungen und laufenden Betriebskosten zurückzuführen. Gerade öffentliche Unternehmen (z.B. öffentliche Verkehrsbetriebe) sammeln im Rahmen der Ausübung ihrer Dienstleistungen große Datenmengen, deren Verwaltung und Speicherung zu sehr hohen laufenden Kosten führen. Außerdem gilt der Großteil der öffentlichen Unternehmen als kritische Infrastruktur und muss sich daher an strengere Regeln halten, die mit weiteren Mehrkosten einhergehen. In diesem Zusammenhang sollte durch die Förderung und Unterstützung öffentlicher Unternehmen sichergestellt werden, dass wichtige Dienstleistungen zuverlässig, gerecht und nachhaltig bereitgestellt werden, während gleichzeitig soziale und wirtschaftliche Stabilität gefördert wird.

# Datenschutz in der kritischen Infrastruktur

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Öffentliche und kommunale Akteure besitzen in vielen Bereichen des täglichen Lebens (Gesundheit, Energieversorgung, Verkehr etc.) die Datenhoheit über sensible Daten. Angesichts der Geschäftsmodelle großer Digitalkonzerne besteht jedoch die berechtigte Sorge, dass diese sensiblen Daten kommerzialisiert werden. **Welche Initiativen planen Sie, um öffentliche und kommunale Daten kritischer Infrastrukturen nachhaltig vor kommerziellen Privatinteressen zu schützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Welche Priorität hat der Datenschutz kritischer Infrastrukturen in Ihrer Legislaturperiode? * Wie wollen Sie sicherstellen, dass sensible Daten kritischer Infrastrukturen in öffentlicher und kommunaler Hand bleiben? * Wie wollen sie sicherstellen, dass der Schutz der kritischen Infrastruktur künftig bei allen Dateninitiativen auf EU-Ebene mitberücksichtigt und somit sichergestellt wird? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Kommunale Verwaltungen und öffentliche Unternehmen besitzen Betriebsdaten, deren Offenlegung die Funktionsfähigkeit und Sicherheit der kommunalen Infrastruktur gefährden könnte und die daher auch vor kommerziellen Privatinteressen geschützt werden sollten. Dazu gehören zum Beispiel Pläne für die Wasserversorgung, Abfallmanagement, Verkehrsleitsysteme und Notfallmaßnahmen, sowie persönliche Daten von Bürgerinnen und Bürgern. Eine kommerzielle Nutzung von kommunalen Daten ist unethisch und kann weitreichende negative Auswirkungen haben. Der Schutz dieser kommunalen Daten und der kritischen Infrastrukturen ist entscheidend, um die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die Integrität und Sicherheit der Daten zu sichern und rechtlichen Anforderungen zu entsprechen.

# Einschränkung von Steueroptimierungsmaßnahmen großer Digitalkonzerne

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die digitalen Geschäftsmodelle der großen Digitalkonzerne sind in der Regel standortunabhängig und können flexibel aus verschiedenen EU-Ländern und Drittstaaten angeboten werden. Dabei werden Steueroptimierungsstrategien genutzt, die dem Gemeinwohl und der Realwirtschaft schaden. **Welche Initativen planen Sie, um die Steueroptimierungsstrategien großer Digitalkonzerne einzuschränken?** |
| **Nachfrage** |
| * Gibt es bereits konkrete Überlegungen, die globale Umsatzsteuer für Digitalkonzerne zu erhöhen (über 15%)? * Sind in diesem Zusammenhang auch neue Steuern – z. B. eine Transaktionssteuer auf Steueroasen – im Sinne eines Level-Playing-Fields angedacht? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Durch Steueroptimierungsstrategien von großen Digitalkonzernen entgehen den EU-Mitgliedsstaaten, in denen die Unternehmen agieren, erhebliche Steuereinnahmen. Diese Einnahmen sind jedoch notwendig, um öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur zu finanzieren, wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Transport. Mittels Steueroptimierungsmaßnahmen kommt es zu einer Verschiebung der Steuerlast und zu einer Wettbewerbsverzerrung, da Unternehmen, die aggressive Steueroptimierungsstrategien einsetzen, sich einen unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber Unternehmen verschaffen können, die ihre Steuern ordnungsgemäß zahlen. Dies kann zu einer Verzerrung des Marktes führen und die Wettbewerbsfähigkeit standortgebundener Unternehmen beeinträchtigen. Mit sinkenden Steuereinnahmen hat der Staat weniger Mittel für öffentliche Investitionen, die für das Wirtschaftswachstum und die gesellschaftliche Entwicklung entscheidend sind. Dies betrifft Bereiche wie Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung sowie soziale Sicherungssysteme.Insgesamt schaden Steueroptimierungsmaßnahmen dem Staat und der Gesellschaft, indem sie Steuereinnahmen verringern, die Ungleichheit erhöhen, den Wettbewerb verzerren und das Vertrauen in die Fairness des Steuersystems untergraben. Im Sinne eines Level-Playing-Fields sollten daher Steueroptimierungsmaßnahmen für große Digitalkonzerne eingeschränkt werden.

# Gemeinsame europäische Cyberabwehr

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Öffentliche Einrichtungen in Europa werden zunehmend zum Ziel von Cyber-Angriffen. Angriffe auf Energieversorger, Krankenhäuser, Stadtverwaltungen und andere sicherheitskritische Bereiche müssen verhindert werden. **Plant Sie den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Cyberabwehr nach amerikanischem Vorbild?** |
| **Nachfrage** |
| * Wenn eine strategische und gemeinsame europäische Cyberabwehr geplant ist, welchen Zeithorizont sehen Sie dafür? * Welche Rolle spielt in diesen Plänen der Schutz kritischer Infrastrukturen und sensibler Lieferketten (z.B. Medikamente)? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Kritische Infrastrukturen und öffentliche Einrichtungen sind essenziell für das tägliche Leben und die Funktionsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft (z.B. Energieversorgung, Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Transport und Kommunikation). Aus diesem Grund sind sie attraktive Ziele für Cyberangriffe für Cyberkriminelle und staatlich unterstützte Hacker. Eine gemeinsame europäische Cyberabwehr würde sowohl die Sicherheit der Mitgliedstaaten gewährleisten als auch die wirtschaftliche und politische Stabilität der Europäischen Union stärken. Durch den Austausch von Informationen über Cyberbedrohungen und Sicherheitsvorfälle können die EU-Mitgliedstaaten schneller auf Bedrohungen reagieren und präventive Maßnahmen ergreifen. Gemeinsame Abwehrstrategien ermöglichen eine koordinierte Reaktion auf Cyberangriffe, wodurch die Effektivität von Abwehrmaßnahmen erhöht wird (z.B. schnellere Reaktionszeiten, effektives Krisenmanagement). Zudem würde eine starke, eigenständige europäische Cyberabwehr die Abhängigkeit von externen Anbietern reduzieren und die digitale Souveränität der EU erhöhen. Kritische Infrastrukturen, die grenzüberschreitend operieren (wie Energieversorgung, Kommunikation und Transport), können durch koordinierte Maßnahmen besser geschützt werden und gemeinsame Sicherheitsstandards und -protokolle könnten dazu beitragen, Schwachstellen zu identifizieren und zu beheben. Eine gemeinsame europäische Cyberabwehr bietet eine Vielzahl von Vorteilen, die von erhöhter Sicherheit und Resilienz über Ressourceneffizienz bis hin zu einer stärkeren internationalen Position reichen. Diese Zusammenarbeit ist entscheidend, um den wachsenden Bedrohungen im Cyberraum wirksam zu begegnen und die digitale Zukunft der EU zu sichern.

# Kryptowährungen – Ausbau des Marktes für Stablecoins

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Stablecoins sind Kryptowährungen, die im Gegensatz zu den meisten anderen Kryptowährungen an einen stabilen Vermögenswert, wie zum Beispiel eine Fiatwährung wie den US-Dollar oder einen Rohstoff wie Gold, gebunden sind. Ihr Wert bleibt daher relativ konstant im Vergleich zu den starken Preisschwankungen, die bei anderen Kryptowährungen üblich sind. Während US-Dollar-Stablecoins bereits weit verbreitet sind, ist der Marktanteil von Euro-Stablecoins noch verschwindend gering. **Inwieweit planen Sie europäische Händler auf dem internationalen Markt für Stablecoins zu unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Gibt es bereits Pläne, den Markt für Stablecoins zu regulieren? * Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach europäische Anbieter im Stablecoin-Markt? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Stablecoins sind eine spezielle Art von Kryptowährung, die entwickelt wurde, um den hohen Volatilitäten traditioneller Kryptowährungen wie Bitcoin und Ethereum entgegenzuwirken. Ihr Ziel ist es, einen stabilen Wert zu erhalten, der oft an eine traditionelle Währung oder andere Vermögenswerte gebunden ist. So können Preisschwankungen minimiert werden. Stablecoins bieten eine Brücke zwischen traditionellen Finanzsystemen und der Welt der Kryptowährungen, indem sie die Vorteile der Blockchain-Technologie mit der Stabilität etablierter Währungen und Vermögenswerte kombinieren. Es gibt zahlreiche europäische Händler und Plattformen, die Stablecoins anbieten oder mit ihnen handeln. Projekte wie Stasis EURS und Monerium entwickeln Euro-gebundene Stablecoins, und führende europäische Krypto-Börsen wie Bitpanda, Kraken, Bitstamp und Bittrex Global bieten den Handel mit verschiedenen Stablecoins an. Die regulatorischen Entwicklungen in der EU könnten die Nutzung von Stablecoins weiter vorantreiben und ihre Integration in das traditionelle Finanzsystem fördern. Die Förderung von Stablecoins durch die EU kann mehrere strategische Vorteile bieten, die sowohl die wirtschaftliche Stabilität als auch die technologische Innovation innerhalb der Union stärken können. Dazu zählen unter anderem die Stärkung der digitalen Souveränität, die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Effizienzsteigerungen im Zahlungsverkehr.

# Einführung des Digitalen Euro

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Die Einführung des Digitalen Euro, die für 2028 vorgesehen ist, sollte so schnell wie möglich erfolgen, um das Zahlungsmittel in der Union zu stärken. **Wie gedenken Sie die europäischen Nationalbanken bei der Einführung des digitalen Euro zu unterstützen?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie sieht der Zeitplan für die Einführung des Digitalen Euro aus? * Werden durch den Digitalen Euro die Transaktionskosten für europäische Händler bei Zahlungsdienstleistern sinken? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Der digitale Euro ist eine von der Europäischen Zentralbank (EZB) geplante digitale Zentralbankwährung (CBDC) für die Eurozone. Sie soll neben der traditionellen Währung betrieben werden und eine schnelle, sichere und innovative Zahlungsmethode bieten, die keine Vermittlung durch Geschäftsbanken erfordert. Im Gegensatz zu Kryptowährungen wird der Wert des digitalen Euros von der Europäischen Zentralbank garantiert. Zentralbankgeld ist für Nicht-Banken derzeit nur in Form von Bargeld zugänglich, der digitale Euro könnte zukünftig eine Ergänzung zum Bargeld sein. Er wird sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen entwickelt und soll für alltägliche Transaktionen genutzt werden. Die Einführung des digitalen Euros kann Zahlungsprozesse optimieren, die Transaktionskosten senken, den ökologischen Fußabdruck minimieren und die Finanzintegration verbessern, indem Menschen ohne traditionelle Bankkonten die Möglichkeit erhalten, an der digitalen Wirtschaft teilzunehmen. Aus diesen Gründen ist eine umfangreiche Unterstützung der europäischen Nationalbanken bei der Einführung des digitalen Euro notwendig.

# Steueroasentransaktionssteuer

|  |
| --- |
| **Frage** |
| Den Staaten der Europäischen Union entgehen jährlich 170 Milliarden Euro durch Steueroasen in der EU. Konzerne und vermögende Privatpersonen verlagern ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer, wodurch ein immer größerer Teil der öffentlichen Haushalte von anderen Steuerzahlern finanziert werden muss. **Welche Initiativen und steuerlichen Maßnahmen planen Sie, um gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt zu schaffen, indem Transaktionen in Steueroasen mit einer allgemeinen Transaktionssteuer belegt werden?** |
| **Nachfrage** |
| * Wie wichtig ist für Sie das Thema Steuergerechtigkeit und welche Rolle spielen dabei Transaktionssteuern? * Planen Sie eine höhere Besteuerung des plattformbedingten Inverkehrbringens? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Den EU-Staaten entgehen jährlich erhebliche Steuereinnahmen durch Steuervermeidung und Steuerhinterziehung über Steueroasen. Laut Schätzungen können die Verluste bis zu 170 Milliarden Euro pro Jahr betragen. Diese Verluste haben tiefgreifende Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen, den Wettbewerb und die soziale Gerechtigkeit. Zudem wird durch die Nutzung von Steueroasen und komplexen Steuergestaltungspraktiken die Steuerbasis vieler EU-Mitgliedsstaaten ausgehöhlt. Die Bekämpfung von Steueroasen erfordert daher ein umfassendes Maßnahmenpaket, das Transparenz erhöht, internationale Zusammenarbeit stärkt und nationale Steuerregelungen verbessert. Durch eine allgemeine Transaktionssteuer auf Steueroasen könnten EU-Mitgliedstaaten die negativen Auswirkungen von Steueroasen erheblich reduzieren und ein gerechteres globales Steuersystem schaffen.

# Widersprüche bei Digitalgesetzen

|  |
| --- |
| **Frage** |
| In den letzten Jahren wurden zahlreiche Digitalgesetze verabschiedet. Diese enthalten zum Teil widersprüchliche Formulierungen und Regelungen. Dies führt zu einer großen Rechtsunsicherheit bei den betroffenen Akteuren. **Planen Sie ein „Legal Scrubbing“, um Widersprüche in den Digitalgesetzen aufzulösen?** |
| **Nachfrage** |
| * Beabsichtigt Sie einen Mechanismus einzuführen, um Widersprüche in den Vorschriften aufzulösen? |

|  |
| --- |
| **Hintergrundinformationen** |

Aufgrund der großen Mengen an neuen Digitalrechtsakten in den vergangenen Jahren werden Rechtsanwender zusehends mit widersprüchlichen oder zumindest nicht vollständig harmonisierten Gesetzen konfrontiert. Dies liegt oft daran, dass neue Regelungen in einem schnelllebigen digitalen Umfeld entwickelt werden, in dem bestehende Gesetze möglicherweise noch nicht vollständig angepasst wurden. Die EU ist grundsätzlich bestrebt, ein kohärentes und harmonisiertes Regelwerk für den digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Dennoch kann es aufgrund der Komplexität und der schnellen Entwicklung des digitalen Umfelds zu Widersprüchen und Spannungen zwischen verschiedenen Regelungen kommen. Diese Widersprüche erfordern eine kontinuierliche Anpassung und Koordination zwischen den verschiedenen Gesetzesinitiativen, um sicherzustellen, dass sie miteinander kompatibel sind und die übergeordneten Ziele der EU im Bereich Datenschutz, Wettbewerb, Innovation und Grundrechte fördern. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, EU-Digitalgesetze einem sogenannten „legal scrubbing“ zu unterziehen. Unter "Legal Scrubbing" versteht man den Prozess der juristischen Überprüfung und Bereinigung von Texten, insbesondere von Verträgen, Gesetzesentwürfen, Vereinbarungen und anderen rechtlichen Dokumenten. Durch diesen Prozess werden die rechtliche Qualität und Klarheit von Dokumenten sichergestellt. Durch eine gründliche Überprüfung und Bereinigung können rechtliche Risiken minimiert und die Verständlichkeit und Konsistenz von Texten gewährleistet werden.

1. European Comission 2024 Carbon Border Adjustment Mechanism

   <https://taxation-customs.ec.europa.eu/carbon-border-adjustment-mechanism_en> [↑](#footnote-ref-1)
2. Armin Truger 2015: Die Implementierung der Goldenen Regel für öffentliche Investitionen in Europa - Sicherung der öffentlichen Investitionen und Unterstützung der Konjunktur (Zusammenfassung)

   https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Studie\_Golden\_Rule\_kurz.pdf [↑](#footnote-ref-2)
3. Kalin Anev Janse 2023: Developing European Safe Assets

   https://www.esm.europa.eu/articles-and-op-eds/developing-european-safe-assets-article-intereconomics [↑](#footnote-ref-3)
4. Franz Nauschnigg 2015: Die österreischische Infrastrukturgesellschaft ASFINAG als verkehrspolitisches Modell

   https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2015/heft/5/beitrag/die-oesterreichische-infrastrukturgesellschaft-asfinag-als-verkehrspolitisches-modell.html [↑](#footnote-ref-4)
5. Eurostat 2013: European system of accounts ESA 2010.:

   <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5925693/KS-02-13-269-EN.PDF.pdf/44cd9d01-bc64-40e5-bd40-d17df0c69334?t=1414781932000> [↑](#footnote-ref-5)
6. Eurostat 2013: European system of accounts ESA 2010.:

   <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5925693/KS-02-13-269-EN.PDF.pdf/44cd9d01-bc64-40e5-bd40-d17df0c69334?t=1414781932000> [↑](#footnote-ref-6)
7. EIB 2022: Investment Survey 2022 – European Union overview

   [https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/5925693/KS-02-13-269-EN.PDF.pdf/44cd9d01-bc64-40e5-bd40-d17df0c69334?t=1414781932000](https://www.eib.org/attachments/lucalli/20220219_econ_eibis_2022_eu_en.phttps:/www.eib.org/attachments/lucalli/20220219_econ_eibis_2022_eu_en.pdf) [↑](#footnote-ref-7)
8. European Commission - Press release, 21.2.2024.: Halfway through its lifetime, the Recovery and Resilience Facility continues to deliver across the EU through ambitious reforms and investments<https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/ip_24_943/IP_24_943_EN.pdf> [↑](#footnote-ref-8)
9. Europäische Kommission: Amtsblatt der Europäischen Union 20.05.2023.:

   <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32003H0361&from=EN> [↑](#footnote-ref-9)